Stand: 15.09.2026 02:09:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13083

"Pragmatismus statt Klimahysterie: Wetterangepasstes Vorgehen statt unnötiger Panikmache!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13083 vom 22.07.2026
2. Beschluss des Plenums 19/13108 vom 23.07.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 23.07.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.07.2026 **Drucksache** 19/**13083**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Pragmatismus statt Klimahysterie: Wetterangepasstes Vorgehen statt unnötiger Panikmache!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Politik im Umgang mit sommerlichen Hitze- und Trockenperioden konsequent auf wirksame Anpassungsmaßnahmen, statt auf alarmistische Kommunikation und pauschale Verbotspolitik auszurichten. Hierzu sollen insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

– Zum Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen legt die Staatsregierung ein unbürokratisches Förderprogramm für bayerische Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen sowie weitere Einrichtungen mit besonders hitzegefährdeten Personen auf. Gefördert werden sollen insbesondere energieeffiziente Klimaanlagen, reversible Wärmepumpen mit Kühlfunktion, Kühlsysteme und außenliegender Sonnenschutz in Patienten-, Bewohner-, Schlaf-, Behandlungs- und Aufenthaltsräumen.

– Finanziert werden soll das Programm aus Einsparungen beim Klimaschutz.

Begründung:

Deutschland liegt global betrachtet in einer gemäßigten Klimazone. Bayern gehört weder zu den tropischen noch zu den dauerhaft heißen und ariden Regionen der Erde. Zahlreiche Staaten müssen seit Jahrzehnten unter deutlich höheren Temperaturen und teilweise mit erheblich geringerer Finanzkraft eine verlässliche Gesundheitsversorgung gewährleisten. Es ist daher nicht nachvollziehbar, weshalb der wirtschafts- und technologiestarke Freistaat sommerliche Wetterschwankungen vor allem mit Alarmismus beantworten sollte.

Bayern verfügt über die finanziellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen, um gefährdete Menschen wirksam zu schützen. Entscheidend sind Investitionen in Klimatisierung und kühlende Gebäudetechnik. Eine Politik, die konkrete Anpassung ermöglicht, schützt die Bevölkerung besser als symbolische Maßnahmen und ständig wiederkehrende Krisenrhetorik.

Wer das gesundheitliche Risiko hoher Temperaturen ernst nimmt, muss für kühle Patienten-, Pflege- und Aufenthaltsräume sorgen. Energieeffiziente Klimatisierung ist keine Luxusausstattung, sondern kann in Einrichtungen mit besonders gefährdeten Menschen Bestandteil einer zeitgemäßen Gesundheitsvorsorge sein. Technische Kühlung, Verschattung, Dämmung und intelligente Lüftung sind dabei sinnvoll miteinander zu verbinden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Der Freistaat braucht keine Klimahysterie, sondern pragmatische Vorsorge, funktionierende Infrastruktur und einen verantwortungsvollen Umgang mit vorhandenen Ressourcen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 23.07.2026 **Drucksache** 19/**13108**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/**13083**

Pragmatismus statt Klimahysterie:
Wetterangepasstes Vorgehen statt unnötiger Panikmache!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Katharina Schulze
Abg. Sascha Schnürer
Abg. Harald Meußgeier
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Christian Zwanziger
Abg. Anna Rasehorn
Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Susann Enders
Staatsministerin Judith Gerlach

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern braucht Abkühlung - Schnelle Hilfe für besonders gefährdete Menschen (Drs. 19/12971)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Pragmatismus statt Klimahysterie: Wetterangepasstes Vorgehen statt unnötiger Panikmache! (Drs. 19/13083)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hitzeschutz in bayerischen Krankenhäusern stärken - Investitionen ermöglichen, kurzfristige Maßnahmen unterstützen (Drs. 19/13084)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Hitzeschild Bayern - Klimaanpassung, die Leben rettet: flächendeckende, einsatzfähige Hitzeaktionspläne statt unverbindlicher Konzepte (Drs. 19/13085)

Ich eröffne die Aussprache und erteile an Frau Kollegin Katharina Schulze das Wort. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen reden – nicht über das Wetter, sondern über die Hitze; denn das ist ein Unterschied.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Da ich weiß, dass bei diesem Thema sehr oft emotional diskutiert wird – es wird hier ja gerade auch schon reingerufen –, möchte ich am Anfang ein paar Takte klarstellen:

Nein, nur weil es heute nicht über 30 Grad hier hat, haben wir trotzdem ein Problem. Ja, früher gab es auch heiße Tage, aber der Unterschied zu heute ist, dass Hitzeperioden länger und extremer sind und vor allem häufiger vorkommen. Nein, einfach nur mehr trinken und ein bisschen lüften hilft nicht alleine, wenn es tage- und vor allem nächtelang so heiß ist, dass der Körper nicht richtig runterkühlen kann. Ja, Kolleginnen und Kollegen, das ist die Klimakrise, die außer wenigen Klimaleugnern nun wahrlich niemand mehr abstreitet. Der Juni war wieder ein Monat voller Hitzerekorde, und das ist unsere neue Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt lautet doch die Frage, die wir alle hier beantworten müssen: Ziehen wir endlich die richtigen politischen Konsequenzen, oder schauen wir weiter zu?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hitze ist nicht harmlos. Hitze tötet. Hitze belastet Herz und Kreislauf. Sie führt zu Hitzschlägen, Dehydrierung und Organversagen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Kinder, Jugendliche, Schwangere, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die Pflege brauchen. Trotzdem wird über Hitze in unserem Land oft so gesprochen, als wäre sie nur eine kleine Unannehmlichkeit: Na ja, man schläft halt nachts nicht so gut, und alle sind ein bisschen gereizter. – Nein, es geht bei Hitze um das Thema Menschenleben. Das Robert-Koch-Institut geht

davon aus, dass infolge der jüngsten Hitzewelle über 5.000 Menschen gestorben sind; 5.000 Menschen, die von ihren Angehörigen schmerzlich vermisst werden.

Jetzt stellen Sie sich mal vor, es wären in dieser kurzen Zeit so viele Menschen aufgrund eines anderen Ereignisses gestorben. Dann würden wir uns hier mit Aktionsplänen und Maßnahmen überbieten. Wir würden das nicht einfach so hinnehmen, wir würden es nicht akzeptieren, und wir würden Maßnahmen ergreifen. Ich und meine Fraktion, wir möchten das nicht so hinnehmen, und deswegen gibt es von uns einen Antrag mit einem Sofortprogramm, das Sie, liebe Staatsregierung, umsetzen können.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Beifall bei den GRÜNEN)

Was müssen wir also tun? – Erstens müssen wir alles daransetzen, dass sich die Erde nicht weiter aufheizt. Zweitens müssen wir die Menschen in unserem Land schützen und ihnen helfen, sich an die neue Realität anzupassen. Wenn ich mir bei diesen beiden Themen die Leistungsbilanz der Bayerischen Staatsregierung ansehe, muss ich sagen: Da ist noch ein weiter Weg. Sie als Bayerische Staatsregierung möchten die Klimaneutralität um fünf Jahre nach hinten verschieben. Das zeigt mir, dass Sie zum einen den Ernst der Lage nicht erkannt haben und zum anderen nicht alles in Ihrer Macht Stehende tun, um dafür zu sorgen, dass die Erde sich nicht weiter aufheizt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Weil es auch andere wichtige Dinge gibt, wie die wirtschaftliche Entwicklung!)

– Herr Pohl, es gibt keinen Profit auf einem kaputten Planeten. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber Deutschland ist nicht der ganze Planet!)

Wenn Sie sich schon nicht aktiv um den Klimaschutz kümmern wollen, dann kümmern Sie sich wenigstens um die Klimafolgenanpassung. Vom Ministerpräsidenten höre ich

dazu, an den heißen Tagen solle man einfach mehr schwimmen gehen. Angesichts dieses wirklich schwierigen Themas und des großen Problems ist das etwas zu unterkomplex.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist also jetzt zu tun? – Wir fordern Sie auf, Klimaanlagen auf Rezept bereitzustellen.

(Lachen bei der AfD)

Der Freistaat soll zunächst einmal 20.000 mobile Geräte zentral beschaffen. Menschen, die besonders schutzbedürftig sind – das sind vor allem ältere Menschen, die zum Beispiel in einem ungedämmten Mietshaus wohnen –, können eine solche Klimaanlage nach Hause bekommen. Außerdem brauchen die Kommunen Geld. Die Kommunen sollen 200 Millionen Euro vom Freistaat erhalten, damit sie die Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Altenheime wenigstens bis zum nächsten Sommer kurzfristig fit machen können. Es gibt verschiedene Maßnahmen: Klimaanlagen, die von der Solaranlage auf dem Dach betrieben werden, Verschattungen, Sonnensegel, Kühlwesten und Kühldecken. Das sind alles Maßnahmen, um die Hitze erst einmal kurzfristig zu dämpfen, wenn sie wiederkommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder und Jugendliche können nicht lernen, wenn das Klassenzimmer so heiß ist wie ein Backofen. Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte können nicht so gut unterrichten. Kranke Menschen und Frauen, die gerade entbunden haben, können nicht gesund und wieder fit werden, wenn sie in Stationszimmern liegen, in denen eine Temperatur von 29 Grad herrscht. Menschen, die sich in dieser Hitze um andere Menschen kümmern, brauchen die Unterstützung der Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen fordern wir ein Sofortprogramm, das bitte bis zum nächsten Sommer umgesetzt gehört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich reicht das nicht. Wir müssen Stadtplanung anders denken. Wir müssen mehr begrünen. Wir müssen mehr Bäume pflanzen. Wir müssen in Fassadenbegrünung und Dachbegrünung investieren. Wir müssen an mobile Verschattungsanlagen und an Sonnensegel denken. Wir müssen, wenn wir neu bauen und umbauen, das Thema Hitze immer mitdenken. Das müssen wir gemeinsam schaffen, weil die Klimakrise längst hier ist und wir uns daran anpassen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich noch einen Gedanken mit Ihnen teilen, der mich in den letzten Wochen beschäftigt hat. Im Rahmen der Diskussion über die Hitze kamen folgende Vorschläge: Man hängt einfach ein nasses Handtuch vor den Ventilator, und dann kommt man schon durch. Die Hausmittelchen helfen auch. – Kolleginnen und Kollegen, die Hitze ist auch eine soziale Frage. Ich sage es einmal so: Wer acht Stunden in einem gekühlten Büro arbeitet, dann in das Einfamilienhaus zurückfährt, das man gut durchlüften kann, und abends noch in den See springt, kommt natürlich anders durch die Hitzetage. Eine Pflegekraft in einem Krankenhaus, die bei heißen Temperaturen schwer körperlich arbeitet, kommt jedoch abends in eine Dachgeschosswohnung zurück, die nicht kühl ist, obwohl die Rollläden tagsüber unten waren. Wenn man diesen Menschen sagt, sie sollten doch einfach nur ein bisschen mehr lüften und die Jalousien herunterlassen, sagen diese zu Recht: Bekommt ihr eigentlich mit, in welcher Lebensrealität wir leben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kriegen diese Lebensrealität mit. Deswegen haben wir ein Sofortprogramm erarbeitet und bitten Sie, das umzusetzen. Gleichzeitig kämpfen wir gerne mit Ihnen zusammen weiter für konsequenten Klimaschutz und für

die Klimafolgenanpassung. Das erwarten die Menschen von uns. Wir haben einen Schutzauftrag, den wir auch erfüllen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Schnürer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Sascha Schnürer (CSU): Frau Schulze, ich habe den Ausführungen zu Ihrem Antrag gelauscht. Sie fordern, Klimaanlagen zur Verfügung zu stellen, die vielleicht auch nicht unbedingt für das Klima zuträglich sind. Sie haben gesagt, dass angeblich 5.000 Menschen aufgrund der Hitze gestorben seien. Die Zahl kann ich jetzt nicht verifizieren. Ich habe mich einmal damit auseinandergesetzt, warum es gerade ältere Menschen im Moment schwierig haben und leider Gottes auch sterben. Sie trinken zu wenig und dehydrieren.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das ist zynisch!)

– Das ist nicht zynisch. Das ist mir wirklich ernst. Wir sollten gemeinsam einen Aufruf starten, dass Menschen gerade in den Altersheimen wirklich genügend trinken, bevor wir jetzt überall Klimaanlagen installieren. Das ist irgendwie utopisch.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Kollege, ich nehme Ihnen ab, dass Sie sich um die alten Menschen genauso sorgen wie ich. Selbstverständlich ist mehr Trinken wichtig und richtig. Die Wissenschaft zeigt jedoch ganz klar, dass der Körper vor allem nachts nicht mehr die Chance hat, ausreichend runterzukühlen, wenn es zu lange zu warm ist. Das greift den Körper, das Herz und den Kreislauf an. Wenn schon Vorerkrankungen vorliegen – das ist bei älteren Menschen oft der Fall –, hält das der Körper nicht lange durch. Bei 5.000 gestorbenen Menschen handelt es sich nicht um eine Zahl, die ich mir aus den Fingern gesaugt habe. Diese hat das RKI veröffentlicht. Dort

wird das ausgerechnet. Das ist ein wissenschaftliches Institut. Listen to the Science – das sollten wir alle gemeinsam in diesem Hohen Haus betreiben.

Selbstverständlich helfen Klimaanlagen alleine nicht. Das habe ich in meiner Rede deutlich gesagt. Es steht auch in unserem Antrag. Aber sie sind ein Baustein, um an Hitzetagen Räume zu kühlen. Wir müssen zusätzlich besser beschatten, mehr Bäume pflanzen, entsiegeln und anders bauen. Wir können gerne eine gemeinsame Aktion starten oder einen Antrag dazu machen. Ich bin sofort dabei.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, achten Sie auf Ihre Redezeit.

Katharina Schulze (GRÜNE): Wir leben in Zeiten, in denen wir jetzt auch technische Möglichkeiten nutzen müssen, um die Temperaturen zu senken, weil wir viel zu lange zu wenig Klimaschutz betrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne darf ich den Generalkonsul von Japan in München begrüßen, Herrn Kenichi Bessho. Er wird von seinem Stellvertreter, Herrn Tsuyoshi Ideta, begleitet. – Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Als nächster Redner hat Herr Kollege Meußgeier für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe GRÜNE, ich könnte mich jetzt auch hierhinstellen und über eure Anträge ablästern, so wie ihr es auch immer bei unseren Anträgen macht. Eines möchte ich euch mit auf den Weg geben: Was ich wirtschaftlich geleistet habe, da müsst ihr erst einmal hinkommen.

Nun komme ich zurück zum Antrag. Dass hohe Temperaturen im Sommer insbesondere für ältere und vorerkrankte Menschen lebensgefährlich sein können, ist unbestritten. Wir müssen viel mehr darüber sprechen, welche Maßnahmen eine sinnvolle Ergänzung schaffen. Wir alle wissen, Hitzeschutz ist für Risikogruppen notwendig. Hitzeschutz muss gezielt in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Betreuungseinrichtungen und in der häuslichen Pflege eingesetzt werden.

Aber genau an dieser Stelle versagt euer Antrag. Gefordert werden erstens Klimaanlagen auf Rezept. Ich mag mir gar nicht vorstellen, bei wem eine Klimaanlage zuhause in der Wohnung steht. Ihr fordert 20.000 mobile Klimageräte für 10 Millionen Euro. Zweitens fordert ihr, Schulen und Kitas zu kühlen. Pauschal sollen dafür 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Drittens sollen weitere 100 Millionen Euro für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bereitgestellt werden. Das sind summa summarum 210 Millionen Euro.

Aber lassen Sie uns das einmal genau betrachten. In Bayern gibt es rund 631.000 Pflegebedürftige. Davon werden etwa 520.000 Menschen zu Hause versorgt. 20.000 Geräte würden rechnerisch also gerade einmal für rund 3,2 % aller Pflegebedürftigen bzw. 3,8 % der zu Hause Gepflegten reichen.

Ähnlich unglaubwürdig ist das Versprechen, mit 100 Millionen Euro sämtliche Schulen, Kitas und vergleichbare Einrichtungen herunterzukühlen. Allein in Bayern gibt es 10.511 Kindertageseinrichtungen. Würde man die gesamte Summe ausschließlich unter den Kitas verteilen, wären das rechnerisch nur 9.500 Euro pro Einrichtung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit solchen Beträgen kann man vielleicht einzelne Sonnensegel oder Jalousien finanzieren, aber keine flächendeckende Klimatisierung versprechen. Auf die Schieflage bei Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen brauche ich an dieser Stelle erst gar nicht einzugehen.

Wir setzen dem einen vernünftigen Ansatz entgegen. Uns wird ja immer vorgeworfen, dass wir keine Lösungen anbieten. Aber hier kommt eine Lösung: Wir fordern ein unbürokratisches Förderprogramm für Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen sowie weitere Einrichtungen mit besonders hitzegefährdeten Personen. Das ist der Unterschied: keine zentrale Beschaffungsaktion nach dem Gießkannenprinzip, sondern eine Förderung nach dem konkreten Bedarf vor Ort.

Der Antrag der GRÜNEN ist nur halbherzig und schafft ein neues bürokratisches Verteilungssystem. Deshalb lehnen wir ihn ab. Unser Antrag liefert Zielgenauigkeit, Technologieoffenheit und praktische Vorsorge. CSU und FREIE WÄHLER adressieren ähnliche Ziele wie wir, sie wollen Möglichkeiten prüfen, aber keine finanziellen Verpflichtungen eingehen. Deshalb werden wir uns bei diesem Antrag enthalten. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion. Bitte.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel betrifft die Menschen noch mehr als die Eisbären. Diese Erkenntnis ist nicht Ende Juni, als es bei uns so wahnsinnig heiß war, vom Himmel gefallen. Wer sich gerade als Gesundheits- und Pflegepolitiker mit dieser Thematik befasst, weiß dies schon lange. Deshalb versuchen wir auch schon seit Langem, den Auswirkungen von Hitze entgegenzuwirken.

Das Rezept dagegen kann kein aktionistisches Programm sein, wie es die GRÜNEN in ihrem Antrag fordern. 100 Millionen Euro hier, 100 Millionen Euro dort, 10 Millionen Euro für 20.000 Klimaanlagen auf Rezept. Das wirkt so, als wäre der Staat für alles verantwortlich, als müsse er jedes Problem für die Menschen und die Gesellschaft lösen.

Nein, die Auswirkungen des Klimawandels kann der Staat nicht alleine lösen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Jeder hat an seiner Stelle sein Scherflein dazu beizutragen. Probleme werden nur dann gelöst, wenn man sich ihrer bewusst ist. Das ist vielleicht das Gute an dieser jüngsten Hitzewelle: Sie hat einigen weiteren Personenkreisen die Augen geöffnet. Sie hat bei einem noch größeren Teil der Menschen in unserem Land das Bewusstsein geschaffen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wenn es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, sollte dies auch bei der gesamten Gesellschaft ins Bewusstsein gelangen. Kein Mensch hätte in der Vergangenheit ein Haus ohne Heizung gebaut. Bei jedem Bau muss sich der Bauherr also fragen, ob es künftig ohne Kühlung, ohne Klimaanlage geht.

Dass jede Fraktion sich heute mit einem Dringlichkeitsantrag oder einem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag zu Wort meldet, passt ins Bild. Die Thematik kommt mehr und mehr ins Bewusstsein. Ich habe beschrieben, dass die GRÜNEN aktionistisch vorgehen. Aber auch die SPD ist nicht frei davon, wenn sie in acht Spiegelstrichen und auf drei eng beschriebenen Seiten einen "Hitzeschild Bayern" fordert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die Hoffnung ist, wie gesagt, dass die jüngste Hitzewelle weiteren gesellschaftlichen Kreisen die Augen geöffnet hat. Diese Hoffnung hat sich noch nicht bei allen erfüllt, wie der Antrag der AfD beredt zeigt. Einerseits leugnen Sie den Klimawandel mit Worten wie Klimahysterie und Panikmache, schlagen aber doch Maßnahmen vor, die Sie dann gleich wieder streichen wollen, da Sie ja beim Klimaschutz sparen wollen. Das ist unlogisch, das ist inkonsequent, das ist schräg. Dieser Antrag lässt alle, lässt mich ratlos zurück.

Wir müssen uns dieser Thematik bewusst sein. Wir müssen sehen, dass es hier Handlungsbedarf gibt. Dann können auch die vielen Maßnahmen und Initiativen, die die Staatsregierung schon auf den Weg gebracht hat, übernommen werden.

Es gibt aber auch noch Lücken. Das darf ich hier auch sagen. Wir sind noch nicht am Ende. Wir wissen, dass wir in Bayern noch nicht alle Intensivstationen in unseren Krankenhäusern mit Klimaanlagen ausgestattet haben. 11 % fehlen da noch. Aber die SPD schreibt zu Recht in der Begründung ihres nachgezogenen Dringlichkeitsantrags: "Bayern steht beim Hitzeschutz nicht bei null." – Richtig. Deshalb schlage ich Ihnen auch vor, den Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER als Grundlage für die weitere Entwicklung herzunehmen und ihm zuzustimmen.

Wir haben zum Beispiel – das möchte ich hier jetzt einmal deutlich machen – seit über drei Jahren eine Sonderbeauftragte für Klimaresilienz und Prävention des bayerischen Gesundheits- und Pflegeministeriums, Frau Prof. Claudia Traidl-Hoffmann. Bayern hat in den vergangenen Jahren erheblich in den Gesundheitsschutz bei Hitze investiert. Im Sommer 2025 hatten zahlreiche bayerische Kommunen bereits Hitzeschutzmaßnahmen ergriffen: Begrünungen von Flächen, Erhalt von Freiflächen für Frischluftschneisen und neu aufgestellte Trinkwasserspender.

Erprobt wurde dies in Straubing, der Mutter aller Hitzeschutz- und Hitzeaktionspläne. Dort können sich interessierte Kommunen auch informieren. Wir unterstützen die Kommunen dabei, den Hitzeschutz je nach ihren individuellen Gegebenheiten vor Ort weiter zu optimieren. Dafür bietet das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Beratungsgespräche an, in denen auch Maßnahmen für einen maßgeschneiderten Hitzeaktionsplan besprochen werden. Seit Herbst 2024 haben bereits über 60 Kommunen dieses Angebot angenommen. Wir ermutigen alle Städte, Gemeinden und Landkreise, diese Expertise noch stärker zu nutzen und Beratungen für lokale Hitzeschutzmaßnahmen in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wichtig hierbei ist auch, dass Kommunen, Krankenhäuser und Träger von Pflegeeinrichtungen in ihrem jeweiligen Bereich eigenständig und eigenverantwortlich handeln. Stationäre Pflegeeinrichtungen haben gesetzlich sicherzustellen, dass die Bewohne-

rinnen und Bewohner vor Beeinträchtigungen, auch durch Hitze, geschützt werden und erarbeiten bereits individuell angepasste Hitzeschutzpläne. Krankenhäuser entscheiden als unabhängige Wirtschaftsunternehmen eigenständig darüber, welche Hitzeschutzmaßnahmen sie ergreifen. Das ist das Prinzip der Eigenverantwortung. Das funktioniert und wird vom Freistaat Bayern auch gezielt unterstützt.

Über die Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitsschutz im Klimawandel werden Fachleute gezielt vernetzt, um vulnerable Gruppen wie ältere Menschen oder Pflegebedürftige besser zu schützen. Im Projekt KlapP – Klimaanpassung in der Pflege – wurden Pflegekräfte und Angehörige gezielt geschult, welche Gefahren von Hitze und UV-Strahlung ausgehen und welche Anpassungsmaßnahmen in den Einrichtungen umgesetzt werden können.

In unserem heutigen Dringlichkeitsantrag schlagen wir Ihnen, auf diesen schon ergriffenen Maßnahmen aufbauend, vier weitere Punkte vor, die ich hier noch einmal nennen möchte:

Wir schlagen erstens vor, dass Maßnahmen zum baulichen und technischen Hitzeschutz bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie bei der Sanierung bestehender Krankenhausgebäude ergriffen werden. Das soll im Rahmen der bestehenden Krankenhausinvestitionsförderung geschehen.

Die Staatsregierung soll zweitens prüfen, wie die Initiative "Green Hospital Plus" weiterentwickelt und mit gezielten Maßnahmen zum Hitzeschutz unterlegt werden kann, um Krankenhäuser insbesondere auch bei kurzfristig umsetzbaren, wirksamen und möglichst energieeffizienten Maßnahmen zum Schutz der Patienten zu unterstützen, übrigens auch zum Schutz der Beschäftigten; sie darf man nicht vergessen. Wir schützen mit dem Klima- und Hitzeschutz in den Krankenhäusern nicht nur die Patientinnen und Patienten, sondern auch die Beschäftigten, eine ganz wichtige Gruppe. Das ist auch unserer Fürsorgepflicht geschuldet.

Wir fordern drittens, gemeinsam mit den Krankenhausträgern, der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und weiteren Beteiligten geeignete Lösungen zu entwickeln, mit denen Maßnahmen zum Hitzeschutz auch in bestehenden Krankenhausgebäuden schneller und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden können.

Viertens und letztens wollen wir, dass geprüft wird, ob aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes sowie aus dem Krankenhaustransformationsfonds gezielt zusätzliche Mittel für bauliche Maßnahmen und die Ausstattung mit Klimaanlagen eingesetzt werden können.

Das heißt: Bayern setzt auf Information, Vernetzung und gezielte Unterstützung vor Ort und stärkt damit die Eigenverantwortung der Kommunen und der Träger, anstatt sie mit neuen Vorgaben zu belasten. Gleichzeitig steuern wir gezielt nach. Das ist der richtige Weg. Ich bitte Sie deshalb, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Die Anträge der GRÜNEN und der anderen Fraktionen lehnen wir aus den genannten Gründen ab. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung: Kollege Zwanziger, bitte.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Kollege Seidenath, ich habe eine Frage an Sie: Sie kennen das Uniklinikum Erlangen auch. Ich nehme an, Sie kennen auch das Waldkrankenhaus. Sie sind dort öfter mal vor Ort. Ich finde den Antrag der Regierungsfraktionen gut, wir werden dem auch zustimmen.

Nur habe ich das Gefühl, Sie sind da schon um einiges weiter als die Staatsregierung. Ich habe die Staatsregierung befragt, was sie denn zu der Hitzewelle an den Uniklinika, konkret in Erlangen, weiß, welche Maßnahmen man ergreifen will usw. Das Wissenschaftsministerium führt ernsthaft aus, dem Staatsministerium lägen keine Be-

schwerden von Beschäftigten und Patienten vor. Nähere Erkenntnisse, insbesondere zu gemessenen Raumtemperaturen, liegen dem Ministerium ebenfalls nicht vor.

Gleichzeitig sagt der Sprecher des Uniklinikums Erlangen: Leider sind bei Klinikneubauten bis heute in normalen Patientenzimmern keine Klimaanlagen vorgesehen. Mangels gesetzlicher Vorgaben werden die auch nicht finanziert. Ähnliches hört man vom Waldkrankenhaus.

Darf ich das jetzt so verstehen, dass Sie vorhaben, diese gesetzlichen Vorgaben so zu ändern, dass sich die Situation endlich mal wirklich verbessert für die Patientinnen und Patienten und für die Beschäftigten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Zwanziger, das Waldkrankenhaus St. Marien in Erlangen ist das Haus, das ich am längsten kenne: Ich bin dort auf die Welt gekommen.

(Heiterkeit)

Im November allerdings, da war es nicht so heiß, wenn ich mich recht erinnere.

Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag alles dazu gesagt. Wir haben vier Punkte vorgeschlagen, wie wir hier gezielt nachsteuern können, wie wir die Entwicklung, die sich deutlich zeigt, in den Krankenhausbauten ergänzen und verändern können. Das gilt aus meiner Sicht für die Plankrankenhäuser, die Krankenhäuser, die in den Krankenhausplan des Freistaats Bayern aufgenommen werden, genauso wie für die Uniklinika. Zum Beispiel der Krankenhaustransformationsfonds, der auf Bundesebene aufgelegt ist, sollte dafür hergenommen werden. Ich hoffe, dass da eine Lösung gefunden wird. Deswegen beantwortet das Ihre Frage, wenn Sie unseren Dringlichkeitsantrag mal durchlesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Rasehorn, bitte.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Der Juni dieses Jahres war lediglich ein Vorgeschmack auf das, was uns in den nächsten Jahren häufiger bevorsteht: Tagelang Temperaturen deutlich über 35 Grad, mancherorts Tropennächte, in denen Wohnungen nicht mehr auskühlen, Pflegeheime, Krankenhäuser und Kitas, in denen besonders schutzbedürftige Menschen der Hitze ohne Gegenmaßnahmen ausgeliefert sind.

Da ist die Aussage unseres Ministerpräsidenten schon zynisch. Diese und viele andere Menschen können der Hitze eben nicht einfach entkommen, indem sie in das nächste Freibad reinspringen, getreu dem Motto: Hat das Volk nicht Brot, soll es halt Kuchen essen. – Für viele Menschen in diesem Land ist Hitze keine lästige Unannehmlichkeit – sie ist lebensbedrohlich.

Der Ansatz der GRÜNEN ist hier pragmatisch, kurzfristig und unorthodox. Wir werden zustimmen. Denn natürlich brauchen wir kurzfristige Hilfe. Wenn Pflegeeinrichtungen Kühlmöglichkeiten brauchen, wenn Schulen verschattet werden müssen und Krankenhäuser ihre Patientinnen und Patienten besser schützen wollen, dann dürfen wir nicht erst mit dem Diskutieren anfangen. Wir im Uniklinikum Augsburg warten seit drei Jahren auf genehmigte Verschattungen an unseren Fenstern. Da müssen wir schneller werden. Und ja, da kann die spontane Lösung auch in Klimaanlagen liegen.

Aber genauso klar ist auch: Mit einzelnen Sofortmaßnahmen werden wir das Problem nicht lösen. Deshalb haben wir als SPD unseren eigenen Antrag eingebracht. Hitze ist kein Ausnahmeereignis mehr. Sie kommt jedes Jahr, sie wird häufiger und intensiver. Wir brauchen Strukturen, die jedes Jahr funktionieren, überall. Wir brauchen verbindliche Hitzeaktionspläne für alle Landkreise und Städte. Wir wollen Warnketten, damit Informationen schnell dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Wir wollen Trinkbrunnen und öffentliche kühle Orte, Konzepte gegen Hitze wie etwa den Klima-

pflasterstein, der in Nürnberg ausprobiert wird und Wasser aufsaugen und bei Hitze Verdunstungseffekte hervorrufen kann. Wir wollen, dass Städte und Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden, sondern endlich Verbindlichkeit, Koordinierung und finanzielle Unterstützung bekommen, die sie dafür brauchen. Und ja, liebe Staatsregierung, da kann man auch die Klimakonzepte integrieren für die Klimaschutznovelle, die wir im Umweltausschuss auf den Weg gebracht haben.

Zum Antrag der Regierungsfraktionen: Wir werden uns enthalten, weil wir den Punkt richtig finden, dass wir prüfen. Allerdings ist zum Beispiel der Transformationsfonds, der kofinanziert ist vom Bund, nicht dafür zuständig, Investitionsförderungen zu tätigen. Er wurde extra geschaffen, damit die Länder ihre Investitionen selber tätigen und dadurch Entlastungen schaffen. Wir haben hier durch Ruth Waldmann schon einige Anträge eingebracht, wo wir gesagt haben, wir müssen diese Investitionen endlich voranbringen und vor allem die Richtlinien überarbeiten, weil es bisher nicht möglich ist, für Investitionskosten in den Klimaschutz, für die Kühleffekte, mit dieser Richtlinie überhaupt Fördergelder zu beantragen. Deswegen würden wir darum bitten, die Richtlinien zu überarbeiten. Wir würden das sehr gerne kritisieren und würden das gerne mitgeben.

Als Altenpflegerin muss ich doch noch auf diese Zwischenbemerkung der CSU eingehen, weil mir da wirklich die Hutschnur hochgegangen ist. Ich habe zehn Jahre lang in einem Altenheim gearbeitet. Wir haben Dokumentationspflichten, dass alte Menschen genug trinken. Es ist nicht das Problem der Dokumentation oder dass wir Pflegenden oder Angehörige nur vergessen, dass zu Pflegende ein bisschen mehr trinken müssen. Ich war in einer gerontopsychiatrischen Einrichtung. Das Problem ist, den Demenzerkrankten zu erklären, dass sie trinken müssen. Da ist es mit dem Aufruf ehrlicherweise nicht getan. Das ist ehrlicherweise eher eine Schuldzuweisung. Das möchte ich wirklich von mir weisen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun noch zu rechts außen: Der Antrag ist ungefähr genauso glaubwürdig, wie bei Hochwasserschutz einen Antrag einzubringen und gleichzeitig zu behaupten, Regen sei eine Erfindung der Wetterdienste. Selbstverständlich lehnen wir den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Wochen haben wir tatsächlich die Hitze auch hier in Bayern wieder erlebt – wie jeden Sommer, aber auch deutlich heißer als jeden Sommer und auch deutlich heißer, als es vielen Menschen guttut. Die vergangenen Wochen haben uns deutlich gezeigt, dass längere Hitzeperioden eben keine Ausnahmen mehr sind. Wir wollen hier keine übertriebene Alarmstimmung verbreiten – das möchte ich ausdrücklich betonen –, sondern pragmatisch darauf reagieren. Besonders betroffen sind die Menschen, die sich eben selbst wenig schützen können: ältere Menschen, schwer Erkrankte, Pflegebedürftige und viele Patientinnen und Patienten in unseren Krankenhäusern. Sie alle leiden unter den hohen Temperaturen.

Genau deshalb handeln wir FREIE WÄHLER gemeinsam mit dem Koalitionspartner. Mit unserem Nachzieher sorgen wir dafür, dass der Hitzeschutz dort gestärkt wird, wo er besonders wichtig ist: in den bayerischen Krankenhäusern. Hitzeschutz ist Gesundheitsschutz. Unsere Kliniken leisten aber bereits heute hervorragende Arbeit. Viele Häuser reagieren mit organisatorischen Maßnahmen wie Verschattung, Nachtlüftung und der Verlegung besonders gefährdeter Patientinnen und Patienten in kühlere Bereiche. Dafür gebührt den Beschäftigten erstmal ein großer Dank, weil sie sehr umsichtig die Möglichkeiten vor Ort nutzen.

Aber wir wissen auch: Diese Maßnahmen stoßen an ihre Grenzen. Deshalb wollen wir als Fraktion FREIE WÄHLER die Krankenhäuser gezielt dabei unterstützen, ihre Gebäude fit für die Zukunft zu machen. Wir wollen Investitionen in Verschattung, energieeffiziente Kühlsysteme und Kältedecken dort, wo sie eben notwendig und sinnvoll sind, und auch in Klimaanlagen ermöglichen. Gleichzeitig prüfen wir die bestehenden Förderprogramme der Krankenhaustransformations- und Bundesmittel, ob sie dafür genutzt werden können.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass wir auf pragmatische Lösungen statt auf Bürokratie setzen. Krankenhäuser brauchen Lösungen, Hilfe, aber keine langen Verfahren, sondern Unterstützung, die wirklich vor Ort ankommt und gut geplant ist. Davon profitieren nicht nur die Patientinnen und Patienten, davon profitieren alle Beschäftigten, die gerade auch an heißen Tagen unter enormen Belastungen arbeiten. Gute Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Beitrag gegen den Fachkräftemangel. Deshalb setzen wir uns dafür ein.

Der Krankenhaustransformationsfonds stellt von 2026 bis 2035 insgesamt 50 Milliarden Euro bereit, um die Krankenhausreform zu finanzieren. Der Fonds fördert bislang Umstrukturierung, Spezialisierung und Digitalisierung. Der Hitzeschutz wäre da eine wichtige Ergänzung. Ebenso stellt das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes erhebliche Mittel für Zukunftsinvestitionen bereit. Schutz vor Hitze ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Entsprechende Maßnahmen liegen im Interesse der Patientinnen und Patienten ebenso wie der Krankenhäuser selbst. Es ist daher zu prüfen, inwieweit beide Instrumente für bauliche Maßnahmen nutzbar gemacht werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau deshalb gehen wir hier den richtigen Weg. Wir verbinden kurzfristig wirksame Maßnahmen mit langfristigen Investitionen und nutzen dabei sämtliche bestehenden Fördermöglichkeiten sinnvoll.

Die SPD will in ihrem Antrag, in ihrem Nachzieher, allgemeine Konzepte. Der Antrag der GRÜNEN schießt aus unserer Sicht über das Ziel hinaus. Pauschale Milliardenprogramme und zentral beschaffte Klimaanlagen – das mag sich alles gut anhören, wird aber den unterschiedlichen Situationen vor Ort überhaupt nicht gerecht.

Wir setzen stattdessen auf passgenaue Unterstützung, auf eine verantwortungsvolle Verwendung der vorhandenen Mittel. Wir sprechen auch mit den Menschen da draußen und hören, was wirklich gebraucht wird.

Ich komme jetzt auch einmal zum Faktencheck, zu den 5.000 Hitzetoten, zum Bericht des RKI. Gemäß den Totenscheinen sind nicht 5.000 Menschen an Hitze gestorben. Das ist ein rein statistisches Rechenmodell.

(Zuruf der Abgeordneten Laura Weber (GRÜNE))

Mir langt schon die Polemik von rechts mit den Überschriften, um gleich zum Nachzieher der AfD zu kommen! Wir brauchen keinen "Sommer der Angst" von rechts und keinen "Sommer der Angst" von links oder 5.000 Hitzetote. Da muss man wirklich genau hinschauen,

(Zurufe der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Katharina Schulze (GRÜNE))

und ich möchte damit nicht herunterspielen, dass die Hitze für den Körper anstrengend ist und dass sie auch zusätzlich für Krankheitsverschlechterungen sorgen kann.

(Zuruf)

– Nein, aber beim Faktencheck bitte sachlich bleiben, und deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag. Den Antrag der GRÜNEN und die Nachzieher von SPD und AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Frau Staatsministerin Judith Gerlach. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne zu diesem Thema auch noch das Wort ergreifen, weil uns die letzten Sommer eindrucksvoll gezeigt haben, dass es ein Riesenthema ist. Die Sommer werden immer heißer und die Hitzeperioden immer länger. Das trifft gerade vulnerable Gruppen, die Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime. Dabei sollten wir nicht nur an die Menschen denken, die in Krankenhäusern und in Pflegeheimen sind. Wir dürfen auch die Menschen nicht vergessen, die zu Hause gepflegt werden. Das ist mir in dem großen Ansinnen, dass der Staat immer für alles zuständig sein und alles bezahlen soll, heute etwas zu kurz gekommen. Das hat auch seine Grenzen.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Jurca (AfD))

Wir können nicht für alle Menschen, die zu Hause sind, und für die ambulanten Pflegedienste ein Rezept für Klimaanlagen besorgen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Aber das könnte man doch!)

– Ja, könnte man, liebe Katharina Schulze. Den Gegenfinanzierungsvorschlag habe ich heute weder von den GRÜNEN noch von der AfD vernommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es sind natürlich riesige Millionenbeträge, über die wir dort sprechen. Es ist nicht so, dass der Freistaat Bayern die nicht auch in die Hand nehmen würde, und auch deswegen möchte ich noch einmal klarstellen, was bisher getan wird – bei aller Berechtigung der Dringlichkeitsanträge, die heute behandelt werden, die thematisch richtig sind, die aus meiner Sicht in die richtige Richtung gehen.

Der Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktionen besinnt sich darauf: Welchen Fokus haben wir in diesem Bereich? Wie können wir die Programme, die wir schon haben, noch gezielter darauf ausrichten, aber auch dafür werben, dass es heute schon Programme gibt, dass es heute schon die Möglichkeit gibt, Gelder und Förderung in Anspruch zu nehmen und die ganz gezielt in diese Richtung zu lenken? Wir haben gezeigt, dass wir allein für den Gesamtförderetat von 2026, der von 800 auf 900 Millionen Euro aufgestockt wurde, bei den Investitionskosten, die wir im Freistaat mitzutragen haben, unseren Hausaufgaben nachkommen, dass wir die Krankenhäuser, die große Probleme haben, auch finanziell mit Schwergewicht unterstützen. Wir kennen die Diskussionen in der Umstrukturierung, mit den Betriebskostendefiziten; aber mir ist besonders wichtig, genau da zu schauen, dass sie bei den Investitionskosten einen starken Partner – den Freistaat Bayern – an der Seite haben, und da möchte ich auch ganz herzlich Danke sagen, dass es gelungen ist, wieder auf diesen Betrag aufzustocken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieser Betrag hilft uns nämlich, den Klimaschutz auch in den Krankenhäusern voranzutreiben; denn Klimaschutz ist Pflicht bei Neubauten, auch bei den Krankenhäusern. Bei jeder Baumaßnahme muss individuell ein Konzept zum sommerlichen Wärmeschutz in Abhängigkeit des Gesamtkonzepts, das erstellt wird, entwickelt werden. Dabei sind sowohl passive Hitzeschutzmaßnahmen am Gebäude – es wurde schon gesagt: zum Beispiel der Sonnenschutz an der Gebäudehülle, Sonnenschutzrollos etc. – als auch Lüftungs- und Klimatechnik als aktive Hitzeschutzmaßnahmen zu nennen, die gefördert werden, und zwar schon heute. Aber auch sensible Bereiche des Krankenhauses – ich nenne nur die Intensivstationen oder die Operationsabteilungen – müssen besonders gegen Hitze geschützt werden, indem dort entsprechend erforderliche klimatische Bedingungen geschaffen werden, zum Beispiel durch eine Klimaanlage. Im Rahmen der Förderung kann in den Pflegestationen eines Kranken-

hauses jeweils ein geeigneter Raum als Kühlinsel in das Kühlkonzept einbezogen und bei der Förderung und Sanierung von Neubauten berücksichtigt werden.

Darüber hinaus stehen den Krankenhausträgern die Pauschalfördermittel zur Verfügung. Das darf man nicht vergessen, das sind 317 Millionen Euro pro Jahr, und die können von den Krankenhäusern genutzt werden, und zwar sehr flexibel – auch bei Bestandsbauten, nicht nur bei Neubauten, wo wieder ausgebaut wird –, zum Beispiel durch die Anschaffung von Klimaanlagen, Maßnahmen zur Raumkühlung und andere Maßnahmen. Die Entscheidung im Einzelnen liegt dabei natürlich in der Verantwortung des Krankenhausträgers. Man darf nicht vergessen: Das sind keine Einrichtungen des Staates, das sind Wirtschaftsunternehmen, die von uns unterstützt und gefördert werden; aber am Ende des Tages ist es natürlich deren Entscheidung, wie sie sich aufstellen. Wir helfen dabei, und – wie die Beiträge gezeigt haben – auch sehr tatkräftig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bernhard Seidenath hat schon viele Punkte genannt, die wir machen. Ich will sie jetzt gar nicht mehr alle aufzählen. Wir haben zum Beispiel auch die Green-Hospital-PLUS-Initiative, die ich sehr wichtig finde, weil dort Krankenhäuser begleitet, angeregt, motiviert werden, mehr Klimaanpassungsmaßnahmen zu ergreifen.

Aber auch die Pflege wurde heute angesprochen. Die FQA, die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht, beraten Einrichtungen dabei, geeignete Maßnahmen in Angriff zu nehmen; aber auch finanziell werden Hitzeschutzmaßnahmen in Pflegeeinrichtungen mit unserer Förderrichtlinie "Pflege im sozialen Nahraum – PflegesoNahFöR" als betriebsnotwendige Investitionen anerkannt und gefördert. Wir tun da schon einiges. Wir arbeiten mit den Kommunen zusammen an Hitzeanpassungen und Hitzeaktionsplänen. Es ist wichtig – und das ist auch von den GRÜNEN angesprochen worden –, dass man es sich gesamtheitlich

anschaut, dass wir Aktionspläne haben, die nicht nur pauschal vorsehen, dass jeder eine Klimaanlage bekommt.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das hört sich für eine Pressemitteilung natürlich sehr gut an. Am Ende des Tages muss man sehr individuell schauen: Wie können wir, ohne in Aktionismus zu verfallen, die Menschen in ihrer Lebensrealität abholen? Auch das muss nicht alles der Staat machen, auch da sind viele eigenverantwortlich. Da gehören natürlich die Kommunen mit dazu: Wie können wir das anpassen? Wie können wir die Räumlichkeiten so gestalten, dass es überall passt? Ich habe jetzt für meinen Beitrag der Krankenhäuser und der Pflegeeinrichtungen gezeigt, was schon möglich ist und welche Förderungen wir haben. Ich sehe aber auch – und deswegen freue ich mich auch über den Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktionen –, dass wir den Fokus noch stärker auf unser sich wandelndes Klima setzen müssen, und dass wir in Zukunft auch mehr vulnerable Gruppen haben werden, schon allein bedingt durch den demografischen Wandel. Deswegen bleibt es ein wichtiges Thema, für das wir uns alle einsetzen sollten, und da bedanke ich mich ganz herzlich, dass wir diese Menschen nicht aus dem Blick verlieren und vor allem dieses Thema weiterhin tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/12971 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/13083 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/13084 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – AfD-Fraktion und SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/13085 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER und AfD-Fraktion. Einzelne Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.